

Sozialismus.de

Heft 1-2026 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Torsten Müller/Thorsten Schulten: EU-Mindestlöhne
Ulrike Eifler: Industrie- und Friedenspolitik der IG Metall

Beiträge u.a. von Mario Keßler, Nihat Öztürk, Florian Weis, Klaus Lang, Bernhard Sander, Friedrich Steinfeld, Joachim Bischoff, Bernhard Müller



**Forum
Gewerkschaften**

2026

 Alphabet

 amazon

 TESLA

 Apple

 Microsoft

 NVIDIA

NETFLIX



Diesen Artikel stellen wir ohne Berechnung zum Kennenlernen und für die Bildungsarbeit zur Verfügung. Das Publikationsprojekt, zu dem die Website www.Sozialismus.de mit aktuellen Analysen gehört, braucht dringend Unterstützung, also neue Abonnent*innen und **Spenden**. Beides ist auf der Website möglich. Vielen Dank im voraus!

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Metallarbeiter treiben den Widersinn auf die Spitze

Der größte Arbeitgeberverband
Deutschlands in der Privatwirtschaft,
Gesamtmittel, hat zum ersten Mal
einen neuen Präsidenten aus einem
nicht tarifgebundenen Unternehmen
gewählt – eigentlich widersinnig,
denn Tarifabschlüsse gehören zum
Kerngeschäft des Verbands. [...]

Trumpiaden

Einschätzungen der Stabschefin im
Weißen Haus, Susie Wiles, über die
Crew aus dem innersten Machtzirkel
– veröffentlicht im US-Magazin
»Vanity Fair« – sorgen nicht nur in
Washington aktuell für Rätselraten.
[...]

»Klimapolitik für alle!«

Die Grünen haben auf ihrem Parteitag
(Bundesdelegiertenkonferenz –
BDK) nach der Bundestagswahl über
ihre Neuaufstellung beraten. Bei der
Wahl im Februar haben sie nach
drei Jahren Ampel 3,1 Prozentpunkte
verloren. Sie landeten bei 11,6%,
sind aber in Umfragen seither nicht
noch weiter abgesackt. Machtkämpfe
sind nach dem Rückzug von Annale-
na Baerbock und Robert Habeck aus-
geblieben.[...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Reichtum und Armut gehen weiter auseinander

Redaktion Sozialismus.de: Stoppt die Superreichen! Neuere Untersuchungen
weisen eine wachsende Kluft zwischen Reichtum und Armut nach 2

Joachim Bischoff:

Die Glorreichen Sieben und die KI-Blase 7

Aus der Berliner Republik

Bernhard Müller: Mieten als Treiber von Ungleichheit

Wohnen als Armutsfaktor 13

Klaus Lang: Kippt die Union?

Neoliberalismus, Sozialstaat und der Rechtspopulismus 18

Europa im Niedergang, USA im Hoch und China im Vormarsch?

Bernhard Sander: Die soziale Lage und der Bruch

der Volksfront in Frankreich 24

Claus-Jürgen Göpfert: Die Mörder trugen schwarze Stiefel. Bosnien-Herzegowina,

30 Jahre nach dem Dayton/Paris-Friedensabkommens 30

Joachim Bischoff/Friedrich Steinfeld: Die nationale Sicherheitsstrategie

der Vereinigten Staaten von Amerika 35

Wolfgang Müller: Chinas Binnenkonsum hat oberste Priorität

Die Umsetzung im neuen Fünfjahresplan ist aber noch unklar 40

Forum Gewerkschaften

Torsten Müller/Thorsten Schulten: Ein guter Tag für das Soziale Europa!

Das EuGH-Urteil zur Europäischen Mindestlohnrichtlinie 44

Ulrike Eifler: Industriepolitik – Die Bedürfnisse der Kolleg*innen

in den Mittelpunkt stellen 48

Stephan Krull: Kein Land in Sicht

Die Autoindustrie in Deutschland 52

Nihat Öztürk/Florian Weis: Ursprünge fortschrittlicher Migrationsarbeit

der IG Metall. Die Rolle von Otto Brenner, Max Diamant und Jakob Moneta .. 56

Erinnerungen

Mario Keßler: Ernst Thälmann ohne Glorienschein

(zu einer neuen Biografie von Ronald Friedmann) 62

Redaktion Sozialismus.de/VSA: Schauspieler, Gewerkschafter, politischer Aktivist

Zum Tod von Rolf Becker (31.3.1935–12.12.2025) 66

Impressum | Veranstaltungen | Film

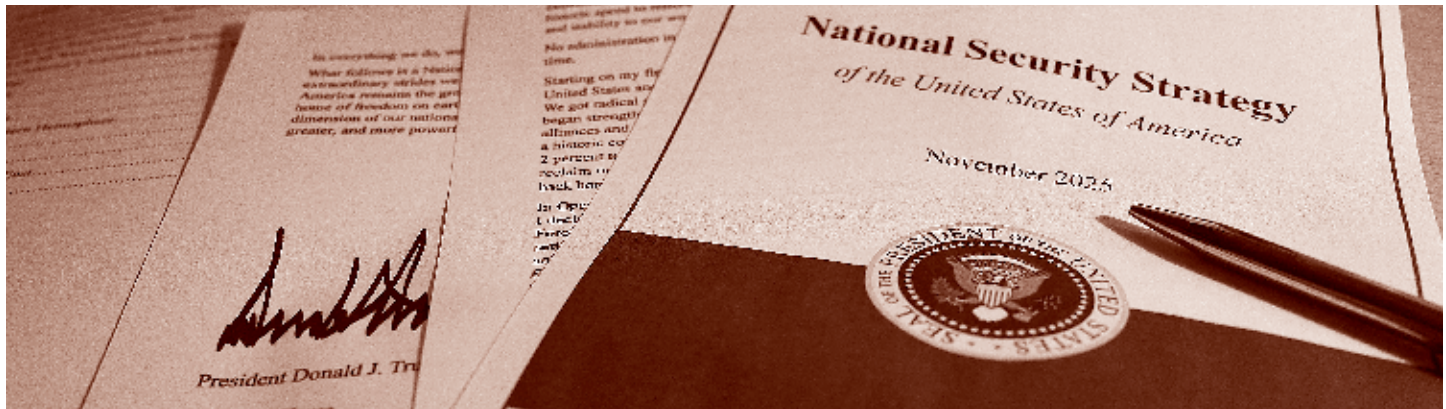
Impressum 67

Veranstaltungen im Januar 2026 68

Klaus Schneider: »Sentimental Value« (Filmkritik) 69

Die nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika

von ■ Joachim Bischoff und Friedrich Steinfeld



»Dieses Dokument ist ein Fahrplan, der sicherstellen soll, dass Amerika die größte und erfolgreichste Nation in der Geschichte der Menschheit und die Heimat der Freiheit auf Erden bleibt«, schreibt Donald Trump in seinem Vorwort zur im November veröffentlichten neuen US-Sicherheitsstrategie. Ein solcher Fahrplan sei *überfällig* gewesen. Denn alle bisherigen »amerikanischen Strategien seit dem Ende des kalten Krieges« hätten zu kurz gegriffen. Sie seien nur eine lange Liste von Wünschen, in »ihnen wurden vage Plattitüden formuliert und oft falsch eingeschätzt, was wir wollen sollten.«

Der Grund für dieses Scheitern: »Unsere Eliten haben die Bereitschaft Amerikas, für immer globale Lasten zu schultern [...] völlig falsch eingeschätzt. Sie haben die Fähigkeit Amerikas überschätzt, gleichzeitig einen massiven Wohlfahrts-, Regulierungs- und Verwaltungsstaat sowie einen massiven Militär-, Diplomatie-, Geheimdienst- und Auslandshilfekomplex zu finanzieren. Sie setzten auf äußerst fehlgeleitete und destruktive Weise auf Globalismus und den sogenannten Freihandel, wodurch sie genau die Mittelschicht und die industrielle Basis aushöhlten, auf denen die wirtschaftliche und militärische Vor-

stellung Amerikas beruht.« Durch diese Strategien sei der Charakter der Nation massiv beschädigt worden. Präsident Trump und sein Team hätten es geschafft, das Ruder herumzuwerfen und einen Kurswechsel in Richtung einer neuen Blütezeit für Amerika einzuleiten.

Interregnum als geo-politische Ausgangslage

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges endete die geo-ökonomische und geo-politische Hegemonie Großbritanniens über den Globus (»Pax Britannica«), aber erst mit dem Ende des II. Weltkrieges entstand eine neue, von den USA dominierte westliche Hemisphäre mit einer zunehmend regelbasierten Wirtschafts- und Währungsordnung und einer neuen politischen Ordnung, mit entsprechenden internationalen Organisationen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation, UNO etc.)

Die Implosion des Sowjet-Imperiums gegen Ende des 20. Jahrhunderts markierte mit der unregelmäßigen Transformation in kapitalistische Marktwirtschaften das Scheitern des Staatssozialismus. Faktisch kam es zu einer wachsenden

Weltunordnung. Die »Pax Americana« zerfiel zunehmend. Es entwickelte sich eine lange Phase geo-ökonomischer und vor allem geo-politischer Verwerfungen, die in einer ganzen Reihe von Kriegen der USA und im Gefolge auch westlicher Länder ihren Ausdruck fanden, die allesamt aber keine Probleme lösten, sondern nur noch mehr Probleme schufen. Hinzu kamen weitere grundsätzliche Herausforderungen wie die ökologische Transformation, die Digitalisierung sowie die demografische Entwicklung.

Die zweimalige Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA kann als eine politische Reaktion von Teilen der US-Gesellschaft auf die geo-ökonomische und geo-politische Erosion der Rolle des Hegemons des 20. Jahrhunderts gesehen werden. Erkennbar vor allem daran, dass der Globale Süden an wirtschaftlichem Gewicht zunimmt und

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von *Sozialismus.de*, *Friedrich Steinfeld* Diplom-Psychologe, beide arbeiten mit in der Sozialistischen Studiengruppe (SOST). Sie beziehen sich auf die Veröffentlichung »National Security Strategy of the United States of America, November 2025« (www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf). Die Textpassagen wurden via DeepL ins Deutsche übersetzt, die // gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf die Übersetzung, dürften indes in etwa der Ursprungsfassung entsprechen.

innerhalb desselben China sich von einem Entwicklungsland zu einem globalen Player, der die USA zunehmend auf Augenhöhe herausfordert, entwickelt.

Bruch der Elitenkonstellation und Umbau des Staatsapparates

Die neue Strategie ist ein Bruch mit den überkommenen Eliten und impliziert einen weitgehenden Umbau des US-Staatsapparates. Der disruptive Abbau demokratisch-staatlicher Instanzen erstreckt sich auf alle Sektoren. Es findet eine gezielte Unterspülung der demokratischen Prozesse und Regelungen durch weitgehende Übergehung beider demokratisch gewählter Kongresskammern statt, die Justiz wird geschwächt und es werden Schneisen bei Bundesbehörden geschlagen: Im FBI, dem Justizministerium und dem Militär werden Loyalisten in Spitzenpositionen gehoben. Weiter gehören zum disruptiven Ab- und Umbau: gelockerte Umweltgesetze, Druck auf Universitäten, Entlassungen bei der Agentur für internationale Entwicklung (USAID), massive Kürzungen bei den Subventionen für die Krankenversicherung für sozial Schwächere, Einschränkungen der Pressefreiheit, nationaler Notstand an der Südgrenze, Massenabschiebungen von Migrant*innen und Verschärfung der Regeln für Einwanderung und Asyl, Abkehr von der ökologischen Transformation etc. Der Staatsumbau soll das »Goldene Zeitalter« für die amerikanischen Bürger*innen vollenden.

Die neue Sicherheitsstrategie ergänzt diese Ebene durch einen »Kulturkampf«, der bei Licht betrachtet auf nichts Anderes als auf das Ziel der Sicherung der Vorherrschaft des weißen Mannes auf diesem Globus hinausläuft. Der Kampf gegen den demokratischen Kapitalismus, gegen kulturelle Diversität, gegen nicht-weiße Minderheiten und gegen das weibliche Geschlecht (Abtreibung) wird durch den Abgesang auf die »Ära der Massenmigration« ergänzt. Die Migration wird zur Mutter aller nationalen Probleme erklärt. Sie muss daher mit allen Mitteln unterbunden werden.

Vorrang der Nation = US-Hegemonie

»Die grundlegende politische Einheit der Welt ist und bleibt der Nationalstaat [...] Die Welt funktioniert am besten, wenn Nationen ihre Interessen priorisieren. Die Vereinigten Staaten werden ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellen und in ihren Beziehungen zu anderen Nationen diese ermutigen, ebenfalls ihre eigenen Interessen zu priorisieren.« /9/ Den Nationalstaat als Grundlage einer neuen Welt-»Ordnung« herauszustellen ist allerdings ein gefährlicher Irrglaube und stellt einen Rückfall in die Zeiten des Nationalstaaten-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts dar. Alle supra-nationalen und internationalen Organisationen werden für obsolet erklärt. Nationalismus heißt für die USA selbstverständlich auch, dass keine Nation so dominant werden darf, dass sie Interessen der USA gefährden kann. »Wir werden mit Verbündeten und Partnern zusammenarbeiten, um das globale und regionale Machtgleichgewicht aufrechtzuerhalten und das Entstehen dominanter Gegner zu verhindern.« /10/ Eine klare Kampfansage an China.

Ära der Massenmigration ist vorbei

Die Zukunft einer Nation hänge vor allem davon ab, wie sie mit der Migration umgeht. »Im Laufe der Geschichte haben souveräne Nationen unkontrollierte Migration verboten und nur selten Ausländern die Staatsbürgerschaft gewährt, die zudem strenge Kriterien erfüllen mussten. Die Erfahrungen des Westens in den letzten Jahrzehnten bestätigen diese bewährte Weisheit. In Ländern auf der ganzen Welt hat die Massenmigration die heimischen Ressourcen belastet, Gewalt und andere Verbrechen verstärkt, den sozialen Zusammenhalt geschwächt, die Arbeitsmärkte verzerrt und die nationale Sicherheit untergraben. Die Ära der Massenmigration muss ein Ende haben. Wir müssen unser Land vor Invasionen schützen, nicht nur vor unkontrollierter Migration, sondern auch vor grenzüberschreitenden Bedrohungen wie Terrorismus, Drogen, Spionage und Menschenhandel.« /11/

Abschied von der Weltpolizisten-Rolle und Lastenumverteilung

Die Zeiten, in denen die Vereinigten Staaten wie Atlas die gesamte Weltordnung stützten, seien vorbei. »Zu unseren zahlreichen Verbündeten und Partnern zählen Dutzende wohlhabender, hoch entwickelter Nationen, die die Hauptverantwortung für ihre Regionen übernehmen und einen weitaus größeren Beitrag zu unserer gemeinsamen Verteidigung leisten müssen. Präsident Trump hat mit der Haager Verpflichtung einen neuen globalen Standard gesetzt, der die NATO-Staaten dazu verpflichtet, fünf Prozent ihres BIP für Verteidigung auszugeben, und den unsere NATO Verbündeten gebilligt haben und nun erfüllen müssen.« /12/

Wiederherstellung der US-Energiedominanz durch Stärkung fossiler Energien

Trump hat 2025 den Wiederaustritt der USA aus dem Pariser Abkommen von 2015 angeordnet und zweifelt die wissenschaftlichen Grundlagen des menschengemachten Klimawandels an. Seine Regierung hat deshalb zahlreiche Umwelt- und Klimaschutzregeln abgeschafft oder gelockert und plant, Umweltbehörden zu kürzen.

»Die Wiederherstellung der amerikanischen Energiedominanz (in den Bereichen Öl, Gas, Kohle und Kernenergie) und die Rückverlagerung der notwendigen Schlüsselkomponenten für die Energieversorgung sind eine strategische Priorität. Wir lehnen die katastrophalen Ideologien des »Klimawandels« und der »Netto-Null« ab, die Europa so sehr geschadet haben, die Vereinigten Staaten bedrohen und unsere Gegner subventionieren.« /14/ In den USA steigt mittlerweile wieder der Kohle-Anteil an der Energieerzeugung. Dieser vehemente Abgesang auf die ökologische Transformation ignoriert nicht nur die Folgekosten für das Voranschreiten der Klimaerwärmung, sondern wird die USA zumindest auf längere Sicht in ihrer internationalen industriellen Wettbewerbsfähigkeit erheblich schwächen.

Dominanz des Finanzsektors

Da die weltweite Führungsrolle der USA auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten, die Säule des ameri-

kanischen Einflusses bildet und »den politischen Entscheidungsträgern bedeutende Hebel und Instrumente zur Förderung der nationalen Sicherheitsprioritäten Amerikas an die Hand geben«, nicht mehr als selbstverständlich angesehen werden könne, gelte es, diese nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen. »Die Erhaltung und der Ausbau unserer Dominanz erfordern die Nutzung unseres dynamischen freien Marktsystems und unserer Führungsrolle im Bereich der digitalen Finanzen und Innovationen, um sicherzustellen, dass unsere Märkte weiterhin die dynamischsten, liquidesten und sichersten sind und weltweit beneidet werden.« /15/

Sicherung der US-Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre

Die Trump-Ergänzung zur Monroe-Doktrin (Latein-Amerika)

Mit der »Trump-Ergänzung« zur Monroe-Doktrin von 1823 (in der der damalige US-Präsident James Monroe gegenüber den Europäern verkündete: »Amerika den Amerikanern«) wollen die USA nach Jahren der Vernachlässigung diese wieder geltend machen und durchsetzen, um »die Vorrangstellung Amerikas in der westlichen Hemisphäre wiederherzustellen und unser Heimatland sowie unseren Zugang zu wichtigen geografischen Gebieten in der gesamten Region zu schützen«. /15/ Gleichzeitig soll Wettbewerbern außerhalb der westlichen Hemisphäre, die wirtschaftlich und strategisch »große Fortschritte« machen, ohne dass bisherige US-Regierungen dagegen eingeschritten seien, zukünftig die Möglichkeit verweigert werden, Streitkräfte oder andere bedrohliche Kapazitäten »in unserer Hemisphäre zu positionieren oder strategisch wichtige Vermögenswerte zu besitzen oder zu kontrollieren«. /ebd./ Der Hauptadressat dieser Botschaft ist erneut China. Aber auch Länder wie Venezuela werden direkt bedroht, wie der aktuelle Aufmarsch der amerikanischen Armada vor der Küste Venezuelas zeigt, um dort einen Regime Change herbeizuführen. Venezuela beherbergt nicht nur die größten Erdölvorkommen der Welt, sondern auch viele weitere Rohstoffe

wie Gold und Seltene Erden. Gleichzeitig kauft China ca. 80 % des dort geförderten Erdöls.

Asien und China: Aufrechterhaltung der Hegemonie der USA

Der indopazifische Raum erwirtschaftete bereits fast die Hälfte des weltweiten BIP auf Basis der Kaufkraftparität (KKP) und ein Drittel auf Basis des nominalen BIP. Dieser Anteil werde im Laufe des 21. Jahrhunderts mit Sicherheit weiter wachsen. Das bedeute, »dass der indopazifische Raum bereits heute und auch im nächsten Jahrhundert zu den wichtigsten wirtschaftlichen und geopolitischen Schauplätzen gehören« /19/ wird. Es geht vor allem um die Sicherung des US-Einflusses auf Japan, Süd-Korea und Taiwan.

Durch die Öffnung der US-Märkte für China, die Ermutigung amerikanischer Unternehmen, in China zu investieren, und die Auslagerung von US-Produktion nach China sollte der Eintritt Chinas in die »regelbasierte internationale Ordnung« erleichtert werden, was aber angeblich nicht geschah. »China wurde reich und mächtig und nutzte seinen Reichtum und seine Macht zu seinem erheblichen Vorteil.« /ebd./ Dem müsse nun ein Riegel vorgeschoben werden.

Die »America First«-Diplomatie zielt darauf ab, die globalen Handelsbeziehungen wieder neu auszurichten. »Wir haben unseren Verbündeten klar gemacht, dass das Leistungsbilanzdefizit der USA untragbar ist. Wir müssen Europa, Japan, Korea, Australien, Kanada, Mexiko und andere bedeutende Nationen dazu ermutigen, Handelspolitiken zu verfolgen, die dazu beitragen, Chinas Wirtschaft wieder in Richtung des privaten Konsums auszugleichen, da Südostasien, Lateinamerika und der Nahe Osten allein Chinas enorme Überkapazitäten nicht auffangen können. Die Exportnationen Europas und Asiens können auch auf Länder mit mittlerem Einkommen als einen begrenzten, aber wachsenden Markt für ihre Exporte setzen.« /22/

Die USA wollen aber keinen militärischen Konflikt um Taiwan. »Wir werden [...] unsere langjährige erklärte Politik gegenüber Taiwan beibehalten, was bedeutet, dass die Vereinigten Staa-

ten keine einseitige Änderung des Status quo in der Taiwanstraße unterstützen.« /23/

Auf jeden Fall gelte es aber mit allen Mitteln zu verhindern, dass eine »potenziell feindliche Macht« (d.h. China) Kontrolle über das Südchinesische Meer erlangt, um »ein Mautsystem für eine der wichtigsten Handelsrouten der Welt einzuführen oder – schlimmer noch – diese nach Belieben zu sperren und wieder zu öffnen.« /24/ Dies erfordere nicht nur weitere Investitionen in die militärischen Fähigkeiten der USA (See-Streitkräfte), sondern auch eine engere Zusammenarbeit mit den Ländern, die darunter leiden würden (Japan, Süd-Korea).

Der Nahe Osten: befriedete Konflikte und wirtschaftlicher Aufstieg

Die Zeiten, in denen der Nahe Osten die amerikanische Außenpolitik sowohl in der langfristigen Planung als auch in der täglichen Umsetzung dominierte, seien vor allem dank einer neuen US-Außenpolitik vorbei – nicht weil der Nahe Osten keine Rolle mehr spiele, sondern weil er nicht mehr der ständige Störfaktor und potenzielle Auslöser einer drohenden Katastrophe sei, wie er es einst war. Wichtig sei dabei auch, dass die Vereinigten Staaten wieder Nettoenergieexporteur sind.

Und die wichtigsten drei Golfstaaten (Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien und Qatar) sind längst auf US-Linie gebracht: Sie investieren zudem Milliarden in Amerika, kaufen Flugzeuge und Militärtechnik und gewähren nicht nur US-Oligarchen den Einstieg in große Investitionen, sondern zollen auch dem Trump-Clan reichlich materiellen Tribut. Als Gegenleistung gibt es aus Washington einst undenkbar Konzessionen wie Hochleistungschips für Abu Dhabi, einen militärischen Beistandspakt für Katar und hochmoderne F-35-Kampffjets für Saudi-Arabien.

Der von Trump erzwungene Friedensplan im Gaza-Krieg ist dagegen bisher über seine erste Phase nicht hinausgekommen und beinhaltet nach wie vor jede Menge Sprengstoff.

Afrika: lohnende Rohstofflieferanten und Absatzmärkte für US-Güter

Statt in Afrika weiterhin liberale Ideologie zu vermitteln und zu verbreiten, wollen die USA nun »von einer auf Hilfe ausgerichteten Beziehung zu Afrika zu einer auf Handel und Investitionen ausgerichteten Beziehung übergehen und dabei Partnerschaften mit fähigen, zuverlässigen Staaten bevorzugen, die sich zur Öffnung ihrer Märkte für US-amerikanische Waren und Dienstleistungen verpflichtet haben.« /29/

Europa: auf dem Weg der »zivilisatorischen Selbstauslöschung«

Der wirtschaftliche Niedergang Europas wird in dem Strategiepaar festgemacht am Rückgang des Anteils am globalen BIP von 25% im Jahr 1990 auf heute 14%. Dieser Niedergang werde »von der realen und noch gravierenderen Aussicht auf den Untergang der Zivilisation überschattet«. /25/ Durch Massen-Immigration, unzureichendes Militärpotenzial und Wokismus habe der Niedergang Europas bedrohliche Formen erreicht. Zu den größeren Problemen, mit denen Europa konfrontiert sei, gehörten »die Aktivitäten der Europäischen Union und anderer transnationaler Gremien, die die politische Freiheit und Souveränität untergraben, die Migrationspolitik, die den Kontinent verändert und Konflikte schafft, die Zensur der freien Meinungsäußerung und die Unterdrückung der politischen Oppo-

sition, der Einbruch der Geburtenraten sowie der Verlust der nationalen Identität und des Selbstbewusstseins«. /ebd./ Sollten sich die aktuellen Trends fortsetzen, werde »der Kontinent in 20 Jahren oder weniger nicht mehr wiederzuerkennen sein«. /ebd./ Es sei daher alles andere als sicher, »dass bestimmte europäische Länder über eine ausreichend starke Wirtschaft und Streitkräfte verfügen werden, um weiterhin verlässliche Verbündete zu sein«. /ebd./

Weil Europa trotz der schlechten Trends für die USA strategisch und kulturell unverzichtbar und von herausragender Bedeutung sei, müsse der Ukraine-Krieg sofort beendet werden. Denn dieser Krieg habe den perversen Effekt, Europa und insbesondere Deutschland stärker an ausländische Staaten zu ketten. Es liege daher im zentralen Interesse der USA, eine rasche Beendigung der Feindseligkeiten in der Ukraine auszuhandeln, um die europäischen Volkswirtschaften zu stabilisieren, eine Eskalation oder Ausweitung des Krieges zu verhindern, die »strategische Stabilität mit Russland wiederherzustellen« und den Wiederaufbau der Ukraine nach Beendigung der Feindseligkeiten zu ermöglichen, damit sie als Staat überleben könne. Die USA verabschieden sich mit der Übernahme der Vermittlerrolle im Ukraine-Krieg faktisch aus der NATO, die nur noch formelle Mitgliedschaft dient vor allem dazu, Europa für weitere Rüstungsgeschäfte offen zu halten.

Am Ende wird in dem US-Dokument für eine Unterstützung der nationalistischen Kräfte in den europäischen Ländern plädiert. Bei dem Ziel, Europas gravierendste Fehlentwicklungen zu korrigieren, ermutigen die USA ihre »politischen Verbündeten in Europa, diese Wiederbelebung des Geistes zu fördern, und der wachsende Einfluss patriotischer europäischer Parteien gibt in der Tat Anlass zu großem Optimismus«. /26/ Dieser Schulterchluss der US-Regierung mit rechtspopulistischen und rechts-radikalen Parteien in Europa sollte von den linken und demokratischen Kräften unbedingt registriert werden. Denn die USA kokettieren nicht nur mit Parteien des rechten und demokratiefeindlichen Spektrums, sondern selbst eine Allianz mit dem autoritären Russland kann nicht ausgeschlossen werden. Es wäre politisch naiv, die Trump-Administration als verlässlichen Partner bei der Verteidigung demokratischer Strukturen einzuschätzen.

Demokratisches Bündnis gegen autoritäre Strukturen

Durch die nationale Sicherheitsstrategie wird deutlich, dass in den USA ein breites Bündnis gegen die oligarchischen, autoritären Strukturen entstehen muss. Der unabhängige Senator Bernie Sanders unterstreicht die Herausforderung, die sich vorrangig an die Demokratische Partei richtet: Es geht darum pro-

VSA: Donald Trump und keine Ende?

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de



Ingar Solty Trumps Triumph?

Gesplante Staaten von Amerika, mehr Nationalismus, weitere und neue Handelskriege, aggressive Geopolitik
Eine Flugschrift | 120 Seiten | € 12.00
ISBN 978-3-96488-238-7

Was bedeutet die zweite Präsidentschaft von Donald Trump? Ist sein MAGA-Slogan auf Dauer tragfähig? Das Land ist zutiefst gespalten. Welche wirtschaftlichen und sozialen Folgen hat das für das Land und seine Bürger*innen? Und weltweit? Wird der Kampf gegen China zu militärischen Eskalationen führen? Was geschieht mit der NATO?

gressive Kandidat*innen so früh wie nie zuvor im Vorfeld der Zwischenwahlen 2026 zu unterstützen. Denn: »Dies ist ein entscheidender Moment in der amerikanischen Geschichte. Und es ist absolut notwendig, dass wir Kandidaten und gewählte Amtsträger haben, die den Mut besitzen zu sagen: ›Nein, ich will eure Wahlkampfspenden von Milliardären nicht. Ich werde mich für arbeitende Familien einsetzen‹«, sagte Sanders in einem Interview. Er und die demokratische Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez werben erneut für eine gerechtere Wirtschaft und den Erhalt der US-Demokratie. »Wir stehen in Amerika an einem Scheideweg«, so Ocasio-Cortez, man könne entweder ein Land mit extremer Ungleichheit, Spaltung und Korruption hinnehmen – oder sich für eine faire Wirtschaft und für Demokratie entscheiden: »Oligarchie oder Demokratie – beides zugleich ist nicht möglich.«

Sanders und sie stehen seit dem Frühjahr 2025 bei größeren Veranstaltungen gemeinsam auf der Bühne. Anlass ist eine Tour durch mehrere US-Bundesstaaten unter dem Motto »Fighting Oligarchy«, die sich gegen die Politik von Trump und dessen Regierung richtet. Mit dem Slogan warnen sie aber auch grundsätzlich vor dem wachsenden Einfluss einer kleinen, wohlhabenden Elite – etwa durch Steuererleichterungen für Reiche und Konzerne –, während die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung zunehmend ignoriert würden. Immer wieder üben sie Kritik am Einfluss großer Spender*innen auf politische Entscheidungen. »Wir wollen keine Regierung der Milliardäre für die Milliardäre«, sagte Sanders. »Wir wollen eine Regierung, die uns alle vertritt.« Die USA befänden sich derzeit in einem der gefährlichsten Momente der modernen Geschichte, warnte der parteilose Senator, der im Kongress in der Regel mit den Demokraten stimmt. »Die von uns unterstützten Kandidat*innen sind der Überzeugung, dass Gesundheitsversorgung ein Menschenrecht ist. Sie verstehen, dass das aktuelle System der Wahlkampffinanzierung kaputt und korrupt ist. Wir müssen das Urteil im Fall Citizens United abschaffen. Sie wollen den Mindestlohn erhöhen«, sagte Sanders. »Sie set-

zen sich für die arbeitende Bevölkerung ein, und ich glaube, sie werden gewinnen.«

Die Demokraten fokussieren ihre Botschaft auf das Problem der hohen Lebenskosten und versprechen den Wähler*innen, sich um eine bessere »Erschwinglichkeit« (affordability) zu kümmern. Bernie Sander setzt den Schwerpunkt anders, als er während der »Fight Oligarchy-Tour« seine Konzeption ausführlich vorstellte: »Was wir meiner Meinung nach brauchen, ist eine politische Revolution. Wir müssen die Türen öffnen und fordern, dass der Kongress endlich gegen die Oligarchie und die Lobbyisten vorgeht und sich für die Bedürfnisse der Arbeiterklasse einsetzt. Sehen Sie, die Vermögens- und Einkommensungleichheit ist heute in Amerika so groß wie nie zuvor. Spricht denn überhaupt noch jemand darüber?

Wir haben es also mit einem korrupten Wahlkampffinanzierungssystem zu tun, das beide politischen Parteien betrifft. Und jeder, dem die Situation in Amerika ernst ist, muss das erkennen und etwas dagegen unternehmen.

Was wir meiner Meinung nach brauchen, ist eine politische Revolution. Man muss die Türen öffnen und fordern, dass der Kongress endlich gegen die Oligarchie und die Sonderinteressen vorgeht und sich für die Bedürfnisse der Arbeiterklasse einsetzt.

Die Regierung hat rechtswidrig gehandelt, und viele der unteren Gerichte haben das festgestellt, es bereitet jedem Einwohner Vermonts und jedem Amerikaner Sorgen: Wenn ich von einer Tendenz zum Autoritarismus spreche, meine ich nicht nur Trumps Versuch, die Befugnisse des Kongresses an sich zu reißen – was er im letzten Monat getan hat, sowohl durch die Kürzung der vom Kongress bewilligten Mittel als auch durch das von uns besprochene Gesetz –, sondern auch seine Angriffe auf die Medien. Neulich meinte er, CNN und MSNBC seien, Zitat, illegal und müssten untersucht werden – und man werde übrigens auch gegen NPR und PBS vorgehen –, weil diese Sender den Präsidenten mitunter kritisieren. Stellen Sie sich das vor! Er hat sogar den Des Moines Register wegen einer Umfrage verklagt, die ihm nicht passte. Er hat

ABC und Meta verklagt. Wir haben also einen Präsidenten, der glaubt, die Aufgabe der Medien sei es, ihn zu verherrlichen, anstatt dem amerikanischen Volk zu sagen, was wirklich vor sich geht.

Und was die Gerichte und auch den Obersten Gerichtshof angeht – Musk spricht darüber und Trump jetzt auch: ›Wenn ein Richter gegen mich entscheidet, müssen wir ihn absetzen, denn die einzigen Richter, die wir mögen, sind diejenigen, die der Exekutive unbegrenzte Macht zusprechen.‹ Wenn man all das zusammennimmt – die Angriffe auf die Gerichte, die Angriffe auf den Kongress, die Angriffe auf die Medien –, dann ist das, Autoritarismus. Und es ist mir egal, ob sie konservativ, republikanisch oder progressiv sind.

Die Gründerväter, muss ich sagen – je mehr ich darüber nachdenke, desto klüger waren sie in den 1790er-Jahren oder so, als sie verstanden, dass wir eine Gewaltenteilung brauchen: Exekutive, Kongress und Judikative – sie sollten sich gegenseitig kontrollieren. Und was Trump mit aller Macht versucht, ist genau das rückgängig zu machen, was unsere Verfassung vorsieht. Und das ist eine sehr gefährliche Situation.

Und wenn ich in die Gesichter schaue, sehe ich Schwarze, Weiße, Latinos, Junge, Alte, Schwule und Heterosexuelle, die wirklich verstehen, dass wir dieses Land in eine ganz andere Richtung lenken können.

Wir haben das reichste Land der Weltgeschichte. Es sollte keine so weit verbreitete Armut unter Alten und Kindern geben. Es sollte keine 800.000 Obdachlosen geben. Die Einkommens- und Vermögensungleichheit sollte nicht größer sein als je zuvor. Die Menschen verstehen, dass wir das Potenzial haben, ein ganz anderes Land zu schaffen, in dem alle Bürger*innen einen angemessenen Lebensstandard haben, Gesundheitsversorgung ein Menschenrecht ist, wir die globale Klimakrise angehen usw. Insofern bin ich optimistisch.

Können wir die Menschen schnell genug mobilisieren, damit sie sich am politischen Prozess beteiligen, die Demokratische Partei herausfordern, die Republikanische Partei herausfordern? Das bleibt abzuwarten, aber genau das versuche ich.«

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

